

Warum ist ein neues Kampfflugzeug notwendig? : zur Verantwortung der Politiker in der Kampfflugzeugbeschaffung

Autor(en): **Eberhart, Hans**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **156 (1990)**

Heft 9

PDF erstellt am: **24.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-60318>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Warum ist ein neues Kampfflugzeug notwendig?

Zur Verantwortung der Politiker in der Kampfflugzeugbeschaffung

Hans Eberhart

Im folgenden geht es darum, sowohl einige Gründe für die durch den Bundesrat am 27. Juni beschlossene Aufschiebung des Kampfflugzeugentscheides als auch zentrale Ausführungen von Oberst i GSt Rickenbacher in seinem Artikel (ASMZ 6/1990, S. 329 bis 331) in konstruktiver Absicht zu diskutieren. Dabei soll vor allem hervorgehoben werden, dass gerade in einer Zeit des politischen Wandels erhöhter Bedarf nach Sinnstiftung der geistigen Grundlagen für eine kontinuierlich zeitgemässe Armee existiert. Diesen zu decken fällt insbesondere in den Aufgabenbereich unserer Politiker. Doch wie ist das zu bewerkstelligen, wenn heute vielen von ihnen ein klares sicherheitspolitisches Verantwortungsbewusstsein zu fehlen scheint?

Hans Eberhart,
Alpenstrasse 23, 3118 Uttigen;
Dr. phil. I;
wissenschaftlicher Beamter;
Hptm i GSt
im Stab Geb Div 9.

Es wird Zeit, zu erklären, wieso die Schweizer Armee auch nach dem «Fall der kommunistisch-sozialistischen Maske» (Vaclav Havel) und aufgrund der sich wandelnden militärpolitischen Lage in Europa ein neues Kampfflugzeug benötigt.

Es ist deutlicher als bisher vor Augen zu halten, dass die Forderung nach flexibleren und zuverlässigeren Luftverteidigungsmitteln auch im Lichte der strategischen Stabilitätswahrung in Europa und der Absicherung gegen internationale politische Rückfälle in Unvernunft zu beurteilen ist.

Und es gilt zu erkennen, dass diese Mittel wohl auch in Zukunft in der Konzeption unserer militärischen Landesverteidigung eine wesentliche Rolle spielen dürften.

Also erforderten gerade diese dominierenden politisch-strategischen Rahmenbedingungen eine Modernisierung unserer Kampfflugzeugflotte. Machen wir es uns aber nicht insofern zu leicht, als ja ein gewisser sicherheitspolitischer Umorientierungsbedarf nicht von der Hand zu weisen ist?

Wankender sicherheits- und rüstungspolitischer Konsens

Die im Nachgang des bundesrätlichen Beschlusses, das Kampfflugzeug F/A-18 aus dem Rüstungsprogramm 1990 zu streichen und gleichzeitig eine verbesserte Version des Mirage 2000 in einer Nachevaluation zu prüfen, abgegebenen Begründungen und neu entfachten Diskussionen über weitere zu evaluierende Flugzeuge lassen zunächst den Entwicklungsprozess deutlicher werden, der sich etwa aufgrund des Resultates über die Armeeschaffungsinitiative und die daraus gezogenen Schlussfolgerungen beschleunigt hat.

Wohl dem Ende entgegen zu gehen scheint der Grundkonsens zwischen militärischen Führungsspitzen und bürgerlichen Parteien in der Sicherheits- und Rüstungspolitik. Vergegenwärtigt man sich zudem, mit welcher Überzeugung über Jahre hinweg die Chefs EMD und gar Landesregierung hinter dem evaluierten amerikanischen Kampfflugzeug gestanden sind, so mag man ermesen, wie weit die sicherheits- und rüstungspolitische Kluft in unserem Land geworden ist.

Und dabei sehen wir erst noch von der offenen Frage ab, ob es sich die Schweizer Armee leisten könne – wie von der SPS in einer geplanten Friedens- und Abrüstungsinitiative gefordert – etwa ihre Militärausgaben bis 1994/95 um mindestens 50% (!) zu kürzen.

Wohl ist hier nicht der Rahmen, zu prüfen, inwiefern Taktik, eine Reverenz gegenüber innenpolitischem Druck (mit welchem Erfolg?) seitens des Bundesrates mit im Spiel gewesen sei; wohl aber eine sichere Antwort auf die Frage, was der ausstehende «neue» sicherheitspolitische Bericht, dessen Diskussion Priorität eingeräumt wird, in der Frage der Kampfflugzeugbeschaffung zu tun vermöge.

Um es vorwegzunehmen: wir halten diese Entscheidung für einen konzeptionell-semanticen Akt, der heute das eigentliche politisch-militärische Problem – nämlich das couragierte politische Einstehen für eine glaubwürdige Luftverteidigung – retuschiert, vor dem Hintergrund weiterer offener wehrpolitischer Fragen eine längst fällige Antwort aufschiebt und damit Vertrauen und Motivation nicht nur von Piloten, sondern von Armeeangehörigen (von unten bis nach oben) schwächt.

Hätte es dabei der Grundsatz nicht verdient, hervorgehoben zu werden, wonach gerade in einer Zeit des Wandels auch eine leistungsfähige Flugzeugflotte (und damit eine ernstzunehmende Armee) eine stabilisierende, absichernde Funktion wahrzunehmen hätte?

Auf der Suche nach einer zuverlässigen strategischen Beurteilung

Wir werden auf diese Frage zurückkommen, wenden uns aber vorerst einigen vom Bundesrat und Oberst i GSt Rickenbacher mit Recht hervorgehobenen fundamentalen Gegebenheiten zu.

So wird man etwa den hoffnungsvollen internationalen Akt der Verständigung, des neuen Dialogs mit

seinen *positiven Auswirkungen auf den sicherheitspolitischen Befund des Alten Kontinents und seiner Staaten* kaum bestreiten. Mauern sind gefallen, Zäune wurden niedergelegt, die führenden Politiker Europas begegnen sich im Geiste der Wahrheit (im Gegensatz zur historischen Erfahrung, wonach die Lüge eine Gefährtin der Gewalt sei); und die neugewonnene Freiheit einiger Völker Osteuropas hat den Prozess der Überwindung der Teilung Europas in Gang gesetzt, der helfen soll, die «Riesenpyramiden von Waffen» (Vaclav Havel) abzubauen.

Zudem sind auch wir der Ansicht, dass es heute keine isolierte nationale Politik im allgemeinen und Sicherheitspolitik im besonderen mehr gibt, auch nicht für die neutrale Schweiz. Die gegenseitige Abhängigkeit in Bereichen, wie sie Oberst i GSt Rickenbacher unter dem Titel «*Neue Risiken*» aufführt, ist zu einer Tatsache geworden. Mit dieser Bezeichnung räumt er allerdings indirekt ein, dass er *anderen politischen Prozessindikatoren* Priorität zuspricht. Er denkt dabei weniger an militär- beziehungsweise machtpolitische Problemstellungen und Bedrohungsfaktoren im eigentlichen Sinne, sondern an ganz allgemeine Probleme und Gefahren.

Es gibt in der Tat *nichtmilitärische Indikatoren*, die anzeigen, ob wir uns in der Richtung von Frieden oder Unfrieden bewegen (in der *äusseren* Dimension etwa in der Form von Not, Hunger oder Massenarmut, in der *inneren* Dimension in Form von Täuschung, Wunschenken oder demokratischer Unrechtmässigkeit). Zudem lässt sich keine einzige der grossen Aufgaben der Weltzivilisation unserer Zeit noch im engen nationalen Rahmen lösen, nur durch praktische Zusammenarbeit und übernationale Einrichtungen (Natur, Energie, Verkehr, Überbevölkerung, Weltklima usw.).

Oberst i GSt Rickenbacher ist sich seiner Sache allerdings nicht so sicher («Gewiss, stabiler ist die Situation in Europa in den letzten Monaten nicht geworden»). Die *Periode des Wandels* beinhaltet auch für ihn einen gewissen *Verlust an Stabilität*, aber offenbar nicht dergestalt, dass «daraus eine erhöhte militärische Gefahr abgeleitet werden könnte» – aber wohl derart, «dass auch die Erneuerung der Flugwaffe» beziehungsweise die «notwendige geistige Aufarbeitung» der «unmittelbare(n) militärische(n) Bedrohung Zeit» hat.

Wir sind damit bei der hier zu *diskutierenden Kernansicht* angelangt, wonach die Zeichen der politisch-mi-

litärischen Hoffnung in Europa, die globalen Herausforderungen sowie innenpolitische Erwägungen die *Aufschiebung der Kampfflugzeugbeschaffung* rechtfertigten. Können diese Faktoren tatsächlich entscheidend sein für den Vorzug der Sicherheitspolitik gegenüber der «Erneuerung der Luftwaffe»? *Wir halten diese Logik für nicht überzeugend*, und zwar aus folgenden Gründen.

Zusammenhang zwischen dem Politischen und Militärischen beachten

Zunächst geht es um den politischen und damit wesentlichsten Aspekt der Frage:

«Warum brauchen wir weiterhin moderne militärische Machtmittel, eben auch in Form neuer Kampfflugzeuge? Welcher Art ist die Bedrohung inskünftig?»

Die Antwort auf den ersten Teil dieser Fragen sei hier des beschränkten Raumes wegen nur knapp gehalten. Sowohl die Natur des Menschen, aber auch seine Organisationsformen sind nicht auf paradiesischen Frieden und nur das Gute ausgelegt. Das Recht und die Regeln zum Zusammenleben bedürfen deshalb ständig der legalen und demokratisch kontrollierten Macht, notfalls auch militärischer Mittel zur Durchsetzung freiheits- und friedensstiftender Werte.

Vordringlicher ist allerdings die Antwort auf die Frage, welches denn noch die verbleibende Bedrohung im Rahmen der abnehmenden Konfrontation, einer angestrebten Sicherheitspartnerschaft zwischen West und Ost sei. Eine knappe Analyse von relevanten Faktoren wie strategische Verlässlichkeit der Schweiz im internationalen Umfeld, Rüstungskontrollverhandlungen mit ihren Auswirkungen auf die militärischen Kräfteverhältnisse beziehungsweise Strukturen heute und morgen *erfordert beides – nämlich sowohl die Anpassung unserer sicherheitspolitischen Konzeption als auch ein neues Kampfflugzeug.*

Dieses Plädoyer gründet im realpolitischen Kalkül, wonach man politisch nur glaubwürdig ist, wenn man auch militärisch zuverlässig ist. Wir stellen uns damit den Theoretikern der internationalen Beziehungen entgegen, wonach heute die militärische Komponente nur noch eine sekundäre Rolle spiele, die entscheidenden politischen Faktoren soziale und/oder

wirtschaftliche Anliegen seien. Das erweist sich im Lichte weiterhin existierender Potentiale, der Erkenntnisse über das Funktionieren internationaler Politik und der menschlichen Natur leider als falsch.

Zwar löst sich die klassische östliche beziehungsweise sowjetische Bedrohung – nämlich die einer expansionistischen Militärmacht mit einer feindlichen Ideologie – vor unseren Augen langsam auf. Aber die Sowjetunion wird auf absehbare Zukunft aus vielerlei Gründen zwangsläufig ein sicherheitspolitisches Problem für Europa und damit auch für uns bleiben. Denn der Reformprozess mit seinen fundamentalen Instabilitäten könnte leicht ein Auseinanderbrechen dieser Supermacht bewirken, was wiederum das Freisetzen militärischer Energien zur Folge haben könnte. Auch nach einem erfolgreichen Abkommen über die konventionellen Streitkräfte in Europa verbleibt genug militärisches Potential in den Händen der UdSSR oder zumindestens Russlands, um die stärkste Landmacht in Europa zu bleiben.

Schliesslich darf nicht vergessen werden, dass viele der vor uns liegenden Gefahren im Nahen Osten oder weiter im Süden wurzeln, wo pseudo- oder undemokratische Regimes mit destabilisierenden Technologien und allgemeinen Problemen (Energie, Wasser, Demographie usw.) unsere gesamt- und auch sicherheitspolitische Aufmerksamkeit erheischen.

Und bei all dem wird man sich vor Augen halten müssen – Entspannung und Abrüstung hin oder her –, dass Europa auf absehbare Zeit im Zentrum eines bedeutsamen politischen Umgestaltungsprozesses bleiben wird und es sich strategischen Einflüssen sowie Instabilitäten nicht wird entziehen können.

Zweitens, und mit ersterem zusammenhängend, sind wir für die *Einheit der Materie* «*Politik und Militär*», das parallele Lösen unseres Problems.

Tatsache ist nämlich, dass gegenüber unserer Bewaffneten Neutralität (aufgrund zahlreicher Gespräche mit internationalen Persönlichkeiten) ein internationaler Verlust an Vertrauen zu beobachten ist (u.a. Resultat der Armeeabschaffungsinitiative, der Institutionenmalaise und diffusen politischen Agierens).

Die Kampfflugzeugbeschaffung wird als ein Kernelement des politischen Willens betrachtet, die knapp mittelmässige materielle Qualität der Kampfflugzeugflotte entschlossen (!)

zu verbessern und sich damit der strategischen Berechenbarkeit sowie stabilisierenden Rolle in Zentraleuropa als würdig zu erweisen.

Wir sind der Meinung, dass gerade die *Kampfflugzeugbeschaffung ein eindeutiges politisches Bekenntnis der Schweiz zum Frieden, zum Ausgleich der strategischen Interessen in Europa* darstellt. Wir dürfen uns keine Illusionen machen bezüglich der Bedeutung, die diesem Aufschub mit Blick auf Entspannung und Abrüstung im Ausland vielerorts beigemessen wird.

Unsere Bewaffnete Neutralität ist nichts Kostenloses, das uns vom Ausland geschenkt würde. Diesbezüglich bleibt die Wahrung der Lufthoheit *primär unsere eigene politische Aufgabe*. Und daran wird auch die vorangestellte Diskussion über den «neuen» sicherheitspolitischen Bericht nichts ändern. Insofern behält gerade das neue Kampfflugzeug eine *fundamentale politische Dimension* bei.

Drittens ist die *Gespaltenheit der 23 Staaten*, die seit März 1989 in Wien etwa über die *Reduzierung der konventionellen Hauptwaffen* zwischen Atlantik und Ural verhandeln, gerade in bezug auf Definition und Zahlen der Kampfflugzeuge und Helikopter sowie die Aufwertung der strategischen Bomber in einem wahrscheinlichen Start-Abkommen augenfällig. Letzteres deshalb, weil die Bomber relativ zu den land- und seegestützten Interkontinental-Lenk Waffen nur mässig gekürzt werden und unter den Start-Bedingungen voraussichtlich auf amerikanischer und sowjetischer Seite kräftig expandieren werden, wodurch auch zentraleuropäische Sicherheitsinteressen tangiert sein dürften.

Das bedarf einer wohlüberlegten Sicherheitspolitik der Schweiz. Wohl haben wir einerseits so gut wie möglich am militärischen Bedrohungsabbau zu partizipieren, andererseits aber aufmerksam und aktiv zum Stabilitätserhalt beizutragen. Wir möchten hier deshalb vor dem Irrtum warnen, zu glauben, weil in Europa eventuell einmal kleinere Streitkräfte vorhanden sein dürften oder weil die Zeiten weniger gefährlich sein könnten, unsere Armee nicht mehr modern ausrüsten zu müssen. Das Gegenteil ist der Fall:

Je kleiner unsere Armee wird, um so mehr sollten wir uns die Technik verfügbar machen. Es kommt hinzu, dass bei gleichbleibendem Raum und bei weniger Kräften mehr Flexibilität gefordert ist. Also müsste der Anteil moderner Kampfflugzeuge eher grösser als kleiner werden.

Politische Verantwortung konsequent wahrnehmen

Unsere politische Führung hat in dieser Frage eine hohe Verantwortung. Diesbezüglich kommt es auf zweierlei an:

■ Erstens haben auch unsere Politiker mehr *politisch-strategischen Sachverstand* an die Bürgerinnen und Bürger heranzutragen.

■ Zweitens darf unsere Armee *nicht* zu einem Instrument parteipolitischer Opportunität werden.

Es gibt da eine klare Vorstellung von einem Politiker im besten Sinne des Wortes: sich für das einzusetzen, was man für notwendig hält, und dieses auch möglich zu machen. Keine Grundsatzdiskussionen werden daran etwas ändern können, dass für die Kampfflugzeugbeschaffung starker politischer Wille und aufgabenorientiertes politisches Handeln gefragt sind. *Ein den Erfordernissen entsprechendes modernes Kampfflugzeug wird es so oder so brauchen.* Die angehobene Diskussion über weitere Nachevaluationen und Abstriche an Qualität zugunsten der Finanzen erleichtern die Aufklärungsarbeit nicht. Mit verschärfter Öffentlichkeitsarbeit allein – so wichtig sie auch ist – wird man das Problem allerdings nicht lösen können.

Dazu wird es wohl in erster Linie nötig sein, unserem Volk klipp und klar darzulegen, worum es in dieser Frage geht. Wollen wir auch in Zukunft eine schlagkräftige Armee haben, die sowohl in der Waagschale internationaler Beziehungen als auch als Defensivinstrument ernstgenommen werden kann und will?

Wir sind der Ansicht, dass gerade auch modernes Rüstungsmaterial auf sichtbare Weise *den Wehrwillen fördert*. Damit wird wieder einmal der *Zusammenhang* zwischen politischer Verantwortung und der Stärkung des Vertrauens des Soldaten aufgrund chancengebenden Militärmaterials deutlich.

Die Zeit ist reif für die Erneuerung der geistigen Grundlagen unserer Armee

Werden unsere Politiker aufgrund des Gesagten mutiger als bislang für eine glaubwürdige militärische Landesverteidigung eintreten, auch wenn das vielleicht vorübergehend mal nicht so naheliegend oder beliebt ist?

Es gilt doch gerade in unserer Zeit des Umbruchs daran zu erinnern: unsere Sicherheitspolitik und zeitgemässe Armee sind die Stützpfeiler, der Rückhalt unserer geistigen Grundlagen. Letztere aber bilden die wertmässige, übergeordnete politische Legitimation der beiden erstgenannten Instrumente. Unzählige Gespräche mit östlichen Persönlichkeiten bestätigen: *Freiheit und Recht sind es auch heute wert, geschützt zu werden.* Sie bleiben schutzbedürftig. Das neue Kampfflugzeug hilft mit, diese für die Würde und europäische Anerkennung unseres Landes ausschlaggebenden geistlichen Werte zu schützen! Wir fordern dazu auf, beides zu tun:

Internationale Verständigung und Zusammenarbeit klug sowie massvoll zu fördern und unser militärisches Instrumentarium den sachlichen und strategischen Erfordernissen entsprechend ohne Wenn und Aber anzupassen. ■

Manuskriptbestand: 6. Juli 1990

Leserbrief

Zu ASMZ 4/1990, S. 208 «Berufswahl: Instr Of!»

(Unter diesem Titel haben die Hptm Segmüller und Christinet ihren Eintritt ins Instr Korps begründet. Stärkste Motivation für beide war die Freude am Umgang mit Menschen. St

Die schönen Aufsätze der beiden jungen Instruktoren stimulieren mich zu folgenden Bemerkungen:

Werden nicht unsere Kinder auch manchmal von älteren Lehrern unterrichtet? Krankenschwestern von alten Ärzten ausgebildet? Und: Ist denn in der militärischen Ausbildung wirklich alles so ganz anders?

Ich meine, dass sich in diesem Bereich eine doppelte Chance abzeichnet, sofern die unheilige Allianz zwischen Grad, traditionell verstandener Karriere und Ausbildungsfunktion im Instruktionskorps aufgebrochen wird: Wenn sich doch die Unzufriedenheit der jüngsten Armeeangehörigen mit dem Ausbildungsbetrieb immer drängender äussert, sollten eben in diesem kritischen Bereich zusätzlich zu den jüngeren auch erfahrenere Ausbilder eingesetzt werden. Ich meine, ganz an der Front, als Ausbilder, nicht bei der Zelebration von Inspektionsritualen. Instruktoren, die sich nicht auch gleichzeitig für ihre weitere Verwendung profilieren müssten. Und mit einer derart weniger schematisch-präventösen Einsatzplanung des Instruktionskorps würde dieses vielleicht automatisch weniger kopflastig, würde vielleicht sogar das dauernde Lamento über ungenügende Bestände verstummen...

Oberstlt P. Hagemann, 8590 Romanshorn